



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau
Stiftsstraße 9
55116 Mainz

Von der Bewilligungsstelle auszufüllen:

Eingangsdatum (postalisch): _____
Referat/Organisationseinheit: _____
Sachbearbeiter: _____

Förderantrag Ausbau der touristischen Infrastruktur FAG-/Landesmittel

nach der VV des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie
und Landesplanung vom 21.12.2015
"Förderung öffentlicher touristischer Infrastruktureinrichtungen
sowie besonderer Infrastruktur- und Marketingmaßnahmen im
Bereich barrierefreier Tourismus in Rheinland-Pfalz"

1. Allgemeine Angaben zum Antragstellenden

1.1. Angaben zum Antragstellenden

1.1.1. Name und Anschrift:

Name:

Straße:

Nr.:

PLZ:

Ort:

Betriebsnummer (falls vorhanden¹):

Gemeindekennziffer:

¹) Die Betriebsnummer kann bei der Bundesagentur für Arbeit, Eschberger Weg 68, 66121 Saarbrücken, E-Mail: Betriebsnummerservice@arbeitsagentur.de, erfragt werden.

Verbandsgemeinde:

Landkreis:

zuständige regionale Tourismusorganisation:

1.1.2. Kontaktdaten des rechtlich Verantwortlichen

Anrede:

Titel:

Nachname:

Vorname:

Telefon:

Fax:

E-Mail-Adresse:

1.1.3. Falls abweichend von 1.1.2: Kontaktdaten des Ansprechpartners für das Vorhaben

Anrede:

Titel:

Nachname:

Vorname:

Telefon:

Fax:

E-Mail-Adresse:

1.2. Angaben zur Rechtsform

öffentlich nicht öffentlich

1.2.1. Rechtsform des Antragstellers:

kommunale Gebietskörperschaft oder Zweckverband

nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete juristische Person mit überwiegend kommunaler Beteiligung, in diesem Fall ist die Gesellschaftsstruktur anzugeben (dann weiter mit Ziffer 1.2.2)

1.2.2. konkrete Rechtsform des Antragstellers (nicht anzugeben bei kommunalen Gebietskörperschaften und Zweckverbänden):

Sonstige:

Gründungsdatum:

Handelsregisternummer:

1.2.3. Zuständiges Finanzamt:

Bezeichnung des Finanzamtes:

PLZ:

Ort:

Steuer-Nr.:

1.2.4. Liegt eine Vorsteuerabzugsberechtigung vor?

Ja (100%)

Nein (0%)

teilweise: Prozentsatz der Vorsteuerabzugsberechtigung:

Handelt es sich hierbei um eine pauschale Vorsteuerabzugsberechtigung

für alle Maßnahmenbereiche

für einzelne Maßnahmenbereiche

2. Allgemeine Angaben zum Vorhaben

2.1. Name oder eindeutige Bezeichnung des Vorhabens:

2.2. Art des Vorhabens

2.2.1. Investive Vorhaben:

2.2.2. Nichtinvestive Vorhaben:

2.3. Ort der Durchführung des Vorhabens (sofern von 1.1.1. abweichend):

Nein, Ort der Durchführung des Vorhabens ist identisch mit 1.1.1. Ja

Name:

Straße: Nr.:

PLZ: Ort:

Betriebsnummer (falls vorhanden²):

Gemeindekennziffer:

Verbandsgemeinde:

Landkreis:

zuständige regionale Tourismusorganisation:

²⁾ Die Betriebsnummer kann bei der Bundesagentur für Arbeit, Eschberger Weg 68, 66121 Saarbrücken, E-Mail: Betriebsnummerservice@arbeitsagentur.de, erfragt werden.

2.4. Angaben zur Laufzeit des Vorhabens

Voraussichtlicher Beginn³ des Vorhabens:

Voraussichtlicher Abschluss⁴ des Vorhabens:

2.5. Beschreibung des Vorhabens⁵:

2.5.1. ausführliche Beschreibung des Vorhabens:

Hinweis: ergänzende Unterlagen, können dem Antrag auch als **Anlage** beigefügt werden

2.5.2. Zusammenfassung des Vorhabens, die bei Bedarf veröffentlicht und publiziert werden kann
(max. 300 Zeichen):

Achten Sie bei Veröffentlichungen bitte zwingend auf die Wahrung von Betriebsgeheimnissen und/oder weiteren Datenschutzbestimmungen!

2.6. Wird das Vorhaben im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaftsstruktur durchgeführt?

Ja

Nein

³⁾ Beginn der Maßnahmen ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages sowie die Aufnahme von Eigenleistungen. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung sowie sonstige vorbereitende Maßnahmen, wie z.B. Beratungsleistungen und Grunderwerb nicht als Beginn der Maßnahme.

⁴⁾ Der Abschluss des Vorhabens entspricht dem Erbringen der letzten, der Ausführung zuzurechnenden Leistung. Sofern der Beginn der tatsächlichen Nutzung nach dem physischen Abschluss liegt, beginnt die Zweckbindungsfrist erst dann.

⁵⁾ max. 1000 Zeichen, ggf. weitere Beschreibung separat einreichen

3. Angaben zur Finanzierung des Vorhabens

(Angaben in Euro)

3.1. Ausgaben

3.1.1. Geplante Gesamtausgaben des Vorhabens:

Eine ausführliche prüffähige Aufstellung der Ausgaben ist dem Antrag beizufügen.

3.1.2. Einzelne Ausgabenpositionen

Investive Vorhaben im Bereich Tourismus:

Ausgabenart	Entstehende Ausgaben
Investitionsausgaben	
Planungsausgaben (außer Ausgaben der Bauleitplanung)	

3.1.3. Durchschnittliche Folgeausgaben pro Jahr

Für	Entstehende Ausgaben
Unterhaltung Gebäude	
Unterhaltung Einrichtung	
Betriebsausgaben (einschließlich Personal abzüglich evtl. Einnahmen)	
Summe	

3.1.4. Geplante zeitliche Aufteilung der Ausgaben (falls Vorhaben in mehreren Jahren durchgeführt werden [max. 36 Monate]):

Jahr:	Betrag _____ €.
Jahr:	Betrag _____ €.
Jahr:	Betrag _____ €.
Jahr:	Betrag _____ €.

3.2. Finanzierung der Ausgaben (Gesamtfinanzierung):

3.2.1. Herkunft der Mittel

Gesamtfinanzierung:	
Eigenmittel:	
Fremdmittel:	
Sonstige öffentliche Finanzierungshilfen/Zuwendungen Dritter:	
Beantragte Zuwendung:	

Die beantragte Zuwendung entspricht einem Fördersatz i.H.v. der Gesamtausgaben.

3.2.2. Wird mit Einnahmen gerechnet?

Es wird mit Einnahmen während der Durchführung des Vorhabens gerechnet.

Ja Nein

Es wird mit Einnahmen nach Abschluss des Vorhabens gerechnet.

Ja Nein

3.2.3. Dem Antrag liegen bei:

Finanzierungsbestätigung der Hausbank

Kommunalaufsichtsbehördliche Bestätigung⁷

Erklärungen der an der Finanzierung beteiligten Kommunen, dass die Finanzierung des Eigenanteils und der Folgeausgaben gesichert ist.

⁶⁾ Voraussetzung zur Mittelauszahlung ist der Nachweis bereits getätigter Zahlungen. Der letzte Mittelabruf ist jährlich bis spätestens 01. Oktober der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) vorzulegen. Bitte beachten Sie daher, dass üblicherweise die im letzten Quartal eines Jahres entstehenden Ausgaben (insbesondere Personalausgaben) erst im Folgejahr zur Auszahlung beantragt werden können.

⁷⁾ Soweit die unmittelbaren und mittelbaren Belastungen für die einzelne Gebietskörperschaft bei Ortsgemeinden den Betrag von 5.000 Euro, bei Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden den Betrag von 30.000 Euro und bei den übrigen kommunalen Gebietskörperschaften den Betrag von 50.000 Euro übersteigen.

4. Kumulierung von Zuwendungen

Sind für dieses Vorhaben bei einer anderen öffentlichen Stelle ebenfalls öffentliche Finanzierungshilfen beantragt worden oder sollen öffentliche Finanzierungshilfen beantragt werden?

Ja Nein

Falls ja, bitte die folgenden Angaben tätigen:

	1.	2.	3.
Bezeichnung des Förderprogramms:			
Fördergeber/bewilligende Stelle:			
Art der Förderung:			
Höhe der Förderung:			
Förderquote:			
Voraussichtlicher Förderzeitraum:			

5. Angaben über die bisherige Förderung des Vorhabens

5.1. Hat der Antragstellende in der Vergangenheit bereits öffentliche Finanzierungshilfen für das Vorhaben oder Teilbestandteile des Vorhabens (z.B. Ausrüstungen, Gegenstände) erhalten?

Nein Ja Falls ja, bitte die folgenden Angaben tätigen:

	1.	2.	3.
Bezeichnung des Förderprogramms:			
Identifizierungsnummer des Vorhabens:			
Fördergeber/Bewilligende Stelle der bisherigen Förderung:			
Förderzeitraum (von/bis):			
Fördervolumen:			
Förderquote:			

5.2. Wurden hiervon Fördermittel zurückgefordert?

Nein Ja, bitte erläutern Sie:

5.3. Wurden frühere Anträge zum beantragten Vorhaben abgelehnt?

Nein Ja, bitte erläutern Sie:

6. Sonstige Angaben zum Vorhaben:

6.1. Das Vorhaben wird im Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ realisiert?

Ja Nein

6.2. Das Vorhaben wird in einer für die ELER-Förderperiode 2014-2020 anerkannten LEADER-Region realisiert?

Ja Nein

Falls ja, Name der Region:

6.3. Das Vorhaben wird in einer anerkannten Modellregion „barrierefreier Tourismus“ realisiert und dient der Verbesserung des Angebotes für mobilitäts- und aktivitätseingeschränkte Urlauber?

Ja Nein

Falls ja, Name der Region:

6.4. Das Vorhaben wird in einer Gemeinde realisiert, die nach dem Kurortgesetz Rheinland-Pfalz als Heilbad, Kneipp- oder Felkeheilbad, Kneipp- oder Felke-Kurort, heilklimatischer Kurort oder Ort mit Heilquellenkurbetrieb anerkannt ist?

Ja Nein

6.5. Angaben zur touristischen Entwicklung der letzten drei Jahre (soweit verfügbar auf Gemeinde - oder Stadtebene, sonst übergeordnet):

Angabe für die folgende Gebietskörperschaft:

Jahr			
Betten			
Übernachtungen			
Zahl der Gastronomiebetriebe			

6.6. Erwartete jährliche Besucherzahl der neuen Infrastruktur:

Bitte geben Sie an, auf welcher Basis diese Zahlen ermittelt wurden:

Erklärungen:

1. Vollständigkeit der Angaben

Ich/Wir bestätige/n, dass die vorstehenden und in den Anlagen zu diesem Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind. Mir/uns ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben die Rückforderung des bewilligten Zuschusses zur Folge haben können. Änderungen und Abweichungen vom Antrag sind unverzüglich mitzuteilen.

2. Beginn des Vorhabens

Ich/Wir erkläre/n, dass mit dem beantragten Vorhaben nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs) begonnen wurde und auch nicht vor Bewilligung mit dem Vorhaben begonnen wird. Sollte auf Grundlage der für mich/uns maßgeblichen Fördervorgaben eine Erteilung der Erlaubnis zum Maßnahmebeginn erfolgen (z.B. Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit), erkläre/n ich/wir, nicht zuvor mit dem Vorhaben zu beginnen. Als Vorhabenbeginn sind grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages sowie die Aufnahme von Eigenarbeiten zu werten. Bei Baumaßnahme gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.

3. Beantragung anderer Fördermittel

Ich/Wir bestätige/n, dass neben den im Antrag angegebenen Mitteln für dieses Vorhaben keine weiteren Zuwendungen aus einem anderen Europäischen Programm/Fonds oder einem anderen Programm des Landes Rheinland-Pfalz oder von einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts beantragt wurden, werden oder bewilligt sind.

Ich/wir bestätige/n weiterhin, dass für die im Antrag ausgewiesenen Mitarbeiter keine weiteren öffentlichen Fördermittel beantragt oder bewilligt wurden.

4. Datenverarbeitung

Ich/Wir bestätige/n, dass personenbezogene Daten verarbeitet werden dürfen, soweit dies nach den Vorgaben des Landesdatenschutzgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz zulässig ist.

5. Gesonderte Buchführung

Ich/Wir bestätige/n, dass ich/wir in der Lage bin/sind, gesondert über alle Finanzvorgänge des Vorhabens Buch zu führen oder für diese einen eigenen Buchführungscode zu verwenden.

6. Aufbewahrung der Belege

Ich/Wir sind in der Lage, alle Belege zum Vorhaben bis zum 31.12.2028 aufzubewahren.

7. Prüfungen durch Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz

Ich/Wir erkläre/n mich/uns damit einverstanden, dass Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz die Planung und Durchführung der Maßnahme vor Ort überprüfen können. Diese Prüfung kann auch einzelne Vorhaben umfassen.

8. Belange des Umwelt- und Naturschutzes

Ich versichere/Wir versichern, dass die Belange des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigt werden. Entsprechende Unterlagen sind – soweit sie dem Antragsteller vorliegen – dem Antrag beigefügt oder werden zeitnah nachgereicht (insbesondere wasserrechtliche Genehmigung, emissions- / immissionsschutzrechtliche Genehmigung, u.ä.).

9. Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Ich versichere/Wir versichern, dass das Vorhaben mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar ist. Entsprechende Unterlagen sind – soweit sie dem Antragsteller vorliegen – dem Antrag beigefügt oder werden zeitnah nachgereicht.

10. Zahlungsfähigkeit des Antragstellenden

Ich/wir erkläre/n, dass der Antragstellende seine Zahlungen nicht eingestellt hat, nicht überschuldet ist und kein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Antragstellenden unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet wurde.

11. Abtretung

Ich/wir bestätige/n, dass die beantragte oder bewilligte Zuwendung nicht abgetreten wird.

12. Belegführung

Ich/wir erkläre/n, dass die Kassen- und Buchführung sowie die Ausgestaltung der sonstigen Belege nachvollziehbar geführt werden und den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchhaltung (GoB) entsprechen.

13. Vorlage personenbezogener Informationen und Belege (sofern relevant)

Ich/wir erkläre/n, dass das Einverständnis der Mitarbeiter vorliegt, die im Förderverfahren erforderlichen personenbezogenen Informationen und Belege vorzulegen.

Ort/ Datum

Unterschrift/Stempel

Erklärung zur Subventionserheblichkeit der Daten¹

(Subventionsrelevanz in Bezug auf § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sowie das Subventionsgesetz)

Mir/Uns ist bekannt, dass im Rahmen des gegenständlichen Förderverfahrens die folgenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist. Subventionserheblich sind Tatsachen, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils gesetzlich abhängig ist. Dies sind insbesondere:

- Angaben im Förderantrag sowie in den zugehörigen Anlagen (insbesondere Angaben
 - zum Antragsteller und zum Zuwendungsempfänger,
 - zum Subventionszweck und zum Vorhaben,
 - zum Beginn des Vorhabens,
 - zu den Kosten und der Finanzierung des Vorhabens,
 - zum Vorsteuerabzug,
 - zur Verwendung der Zuwendung,
 - zur Art und Weise der Verwendung der aus der Zuwendung beschafften Gegenstände,
 - zu (anderen öffentlichen) Finanzierungshilfen sowie zu Zuwendungen Dritter,
 - zu Abschreibungen in den letzten Jahren,
 - in den dem Antrag beizufügenden Unterlagen, insbesondere zur Erklärung der Umsatzsteuerpflicht, zu Arbeitsverträgen und zu vorzulegenden Nutzungs- und Leasingvereinbarungen,
 - zur Rechtsform sowie zu steuerlichen- und gesellschaftsrechtlichen Verhältnissen,
 - zu Beteiligungsverhältnissen,
 - zu Vorförderungen sowie zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in den Vorjahren,
 - zum Investitionsort und zu weiteren Betriebsstätten und zu Verlagerungsinvestitionen,
 - zum Wirtschaftszweig, zum Fertigungsprogramm oder zur Art der gewerblichen Tätigkeit,
 - zu erworbenen gebrauchten Wirtschaftsgütern,
 - zum Erwerb von Grundstücken oder Bauten der öffentlichen Hand sowie zu deren Kaufpreis,
 - zur Anzahl der Beschäftigten, zum Jahresumsatz und zur Jahresbilanzsumme,
 - zur Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Antragstellung,
 - zu Buchwerten der wiederverwendeten Vermögenswerte.),

¹ Bitte senden Sie die von Ihnen unterschriebene Erklärung an die Bewilligungsbehörde zurück.

- Angaben zu Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Haushalts- oder Wirtschaftsplänen, Überleitungsrechnungen,
- Angaben im Rahmen der Mittelabrufe und des Verwendungsnachweises sowie den zugehörigen Anlagen (insbesondere Angaben über den fristgerechten und bestimmungsgemäßen Einsatz der Mittel),
- Angaben im Rahmen eines möglichen Rückforderungsverfahrens,
- Angaben über den Projektstand,
- Angaben zu Mitteilungspflichten (Nummer 5 ANBest P/K).

Mir/Uns ist weiterhin § 1 des Landesgesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz – LSubvG) vom 7. Juni 1977 i.V.m. § 4 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz - SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Wird durch ein Scheingeschäft oder eine Scheinhandlung ein anderer Sachverhalt verdeckt, so ist der verdeckte Sachverhalt für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils maßgebend. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Mir/uns ist unter Berücksichtigung der nach § 1 LSubvG i.V.m. § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten weiterhin bekannt, dass ich/wir unverzüglich alle Tatsachen mitteilen muss/müssen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.

Ort/ Datum

Unterschrift/Stempel

Maßgebliche Vorschriften für die Bearbeitung der Erklärung zur Subventionserheblichkeit:

I. Strafgesetzbuch (StGB)

§ 264 Subventionsbetrug

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für sich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn oder den anderen vorteilhaft sind,
2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwendet,
3. den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt oder
4. in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebraucht.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. aus grobem Eigennutz oder unter Verwendung nachgemachter oder verfälschter Belege für sich oder einen anderen eine nicht gerechtfertigte Subvention großen Ausmaßes erlangt,
2. seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger oder Europäischer Amtsträger missbraucht oder
3. die Mithilfe eines Amtsträgers oder Europäischen Amtsträgers ausnutzt, der seine Befugnisse oder seine Stellung missbraucht.

(3) § 263 Abs. 5 gilt entsprechend.

(4) Wer in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 3 leichtfertig handelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(5) Nach den Absätzen 1 und 4 wird nicht bestraft, wer freiwillig verhindert, dass auf Grund der Tat die Subvention gewährt wird. Wird die Subvention ohne Zutun des Täters nicht gewährt, so wird er straflos, wenn er sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Gewähren der Subvention zu verhindern.

(6) Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr wegen einer Straftat nach den Absätzen 1 bis 3 kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, aberkennen (§ 45 Abs. 2). Gegenstände, auf die sich die Tat bezieht, können eingezogen werden; § 74a ist anzuwenden.

(7) Subvention im Sinne dieser Vorschrift ist

1. eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach Bundes- oder Landesrecht an Betriebe oder Unternehmen, die wenigstens zum Teil
 - a) ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird und
 - b) der Förderung der Wirtschaft dienen soll;

2. eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften, die wenigstens zum Teil ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird.

Betrieb oder Unternehmen im Sinne des Satzes 1 Nr. 1 ist auch das öffentliche Unternehmen.

(8) Subventionserheblich im Sinne des Absatzes 1 sind Tatsachen,

1. die durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes von dem Subventionsgeber als subventionserheblich bezeichnet sind oder
2. von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils gesetzlich abhängig ist.

II. Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz – SubvG)

§ 3 Offenbarungspflicht bei der Inanspruchnahme von Subventionen

1. Der Subventionsnehmer ist verpflichtet, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Besonders bestehende Pflichten zur Offenbarung bleiben unberührt.
2. Wer einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Gesetz oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwenden will, hat dies rechtzeitig vorher dem Subventionsgeber anzuzeigen.

§ 4 Scheingeschäfte, Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten

1. Scheingeschäfte und Scheinhandlungen sind für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich. Wird durch ein Scheingeschäft oder eine Scheinhandlung ein anderer Sachverhalt verdeckt, so ist der verdeckte Sachverhalt für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils maßgebend.
2. Die Bewilligung oder Gewährung einer Subvention oder eines Subventionsvorteils ist ausgeschlossen, wenn im Zusammenhang mit einer beantragten Subvention ein Rechtsgeschäft oder eine Handlung unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen wird. Ein Missbrauch liegt vor, wenn jemand eine den gegebenen Tatsachen und Verhältnissen unangemessene Gestaltungsmöglichkeit benutzt, um eine Subvention oder einen Subventionsvorteil für sich oder einen anderen in Anspruch zu nehmen oder zu nutzen, obwohl dies dem Subventionszweck widerspricht. Dies ist namentlich dann anzunehmen, wenn die förmlichen Voraussetzungen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils in einer dem Subventionszweck widersprechenden Weise künstlich geschaffen werden.

Einwilligungserklärung zur Übermittlung, Veröffentlichung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten und Daten zum Förderobjekt

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen der Bund im Einvernehmen mit dem jeweiligen Land oder das jeweilige Land oder ggf. die ISB die Angaben zum Empfänger der Zuwendung sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlicht.

Mir/Uns ist weiter bekannt und es wird darin eingewilligt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestellen zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden und die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Überwachung, Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland (insbesondere Landes- und Bundesministerien, Finanzverwaltung, Rechnungshof) und, wenn sich an den beantragten Finanzierungshilfen der EFRE beteiligt, den für die Verwaltungs- und Kontrollsystem der Strukturfonds zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten. Die Vorgaben zum Landesdatenschutzgesetz Rheinland Pfalz, Bundesdatenschutzgesetz (soweit anwendbar) und ggf. zum Bankgeheimnis werden gewahrt.

Ort/ Datum

Unterschrift/Stempel

Erklärung zum Beteiligungsbesitz bei KMU (sofern erforderlich)

Ich/Wir gehe/n aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist.

Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines, mittleres oder großes Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die hierfür maßgeblichen Angaben auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wird.

Ort/ Datum

Unterschrift/Stempel

Ergänzungen zum Antragsformular Ausbau der touristischen Infrastruktur

Anlagen:

Dem Antrag sind beizufügen:

	Liegt bei	Wird nachgereicht	Nicht erforderlich
Tourismuskonzept	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Projekt- oder Baubeschreibung (einschließlich aussagefähigem Kartenmaterial zum Wegeverlauf bei Rad- und Wanderwegen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Formular Mindestkriterien Radweg/Mountainbike Park	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Formular Mindestkriterien Wanderweg	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Flächennutzungsplan, Lageplan, Bebauungsplan (für das Vorhaben [soweit vorhanden]; sonst Bescheinigung der zuständigen Behörde über die voraussichtliche Vereinbarkeit des Vorhabens mit raumordnungs- und landesplanerischen Zielen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Detaillierte Ausgabenaufstellung (Menge, Stückpreis, Gesamtausgaben)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Finanzierungsnachweis (Nachweis der vollständigen Finanzierung des Projektes [z.B. kommunalaufsichtliche Stellungnahmen, Vollfinanzierungsbestätigung einer Bank])	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Übersicht über die unmittelbare oder mittelbare finanzielle Belastung für jede betroffene kommunale Gebietskörperschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage (der an der Finanzierung beteiligten Kommunen [Teil II/Anlage 1 zu § 44 Abs. 1 W-LHO] und Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit [Berechnung der sogenannten freien Finanzspitze] gemäß Muster 14 der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport über Produktrahmenplan und Kontenrahmenplan mit Zuordnungsvorschriften für die kommunale Haushaltswirtschaft und Gemeindehaushaltsverordnung [W Gemeindehaushaltssystematik - W-GemHSys] vom 23. November 2006 in der jeweils geltenden Fassung) ⁹	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nachweis über Eigentumsverhältnisse (Grundbuchauszug/Auszug aus dem Eigentümerverzeichnis oder sonstiger geeigneter Nachweis über die bestehenden Eigentumsverhältnisse)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Positive Stellungnahme der zuständigen regionalen Tourismusorganisation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Positive Stellungnahme der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bestätigung des bzw. der Behindertenbeauftragten zur Barrierefreiheit und zur Beteiligung des Behindertenbeauftragten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

⁹⁾ Diese Unterlagen sind vorzulegen, soweit die unmittelbaren und mittelbaren Belastungen für die einzelne Gebietskörperschaft bei Ortsgemeinden den Betrag von 5.000 Euro, bei Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden den Betrag von 30.000 Euro und bei den übrigen kommunalen Gebietskörperschaften den Betrag von 50.000 Euro übersteigen.

Ergänzungen zum Antragsformular Förderantrag "Ausbau der touristischen Infrastruktur"

Anlagen:

Dem Antrag sind beizufügen:

Liegt bei Wird nachgereicht Nicht erforderlich

Nachweis über den Ausschluss der Gewinnerzielungsabsicht

Angaben über ggf. bestehende wirtschaftliche, rechtliche und personelle Verflechtungen zwischen Träger, Betreiber und Nutzer

Genehmigung bzw. Stellungnahmen der fachtechnischen Dienststellen

Institution	Datum der Stellungnahme	Art der Stellungnahme

Übersicht über die voraussichtlichen Einnahmen